

Debatte um Jürgen Habermas und den Krieg

Du hältst es nicht aus

18. Februar 2023, 7:59 Uhr | Lesezeit: 7 min

Debatten werden täglich gefordert - und wie wollen wir sie führen? Zur Diskurslage in Deutschland, nicht erst seit Jürgen Habermas' Texten zum Angriffskrieg auf die Ukraine.

Von Kurt Kister

Es besteht noch Hoffnung für die Philosophie, möglicherweise sogar für das Feuilleton. Wenn zum Beispiel ein Feuilletonaufsatz zum Krieg nicht gerade von tagesliterarischen Redaktionsstrategen oder gar ehemaligen Chefredakteuren geschrieben wird, kann er Aufmerksamkeit, Beifall, Wut, im besten Falle sogar Nachdenken erzeugen. Er wird wahrgenommen, er wird Teil einer Debatte, die in solchen Aufsätzen immer wieder gerne gefordert wird ("nötig ist jetzt eine breite gesellschaftliche Debatte!"). Der Autor wird dann beleidigt oder gelobt, was sich auf Twitter meistens zu einer allgemeinen gegenseitigen Beleidigung der Twitterati, nur manchmal auch zu einer Diskussion auswächst. Etliche, die auch mal promoviert haben, bieten eine "Antwort" oder eben, wenn sie Latein können, eine "Replik" auf so einen Aufsatz an.

Jürgen Habermas ist dies in den letzten Monaten zweimal widerfahren, im vergangenen April und nun diese Woche. Voriges Jahr [schrieb Habermas in diesem Feuilleton](#) über deeskalatorische Bedächtigkeit und verteidigte, gewissermaßen tagesphilosophisch, den überwiegend zurückhaltenden, auf gemeinsame EU- und Nato-Politik setzenden Kurs des Bundeskanzlers Olaf Scholz. Diese Woche bemängelte Habermas, [wiederum in diesem Feuilleton](#), eine fehlende Debatte über die eigentlichen Kriegsziele der Ukraine und des Westens. Er gab außerdem der Hoffnung Ausdruck, dass es zu Verhandlungen kommen möge, auch weil der Westen durch seine, auch nach Habermas' Ansicht zu Recht erfolgende, militärische und sonstige Unterstützung der Ukraine eine eigene Verantwortung habe, auf solche Verhandlungen zu dringen. Weder forderte Habermas dafür einen sofortigen Waffenstillstand, noch insinuierte er, dass Russland oder die Ukraine zu solchen Verhandlungen jetzt bereit seien.

Ein gutes Denkstück kann übrigens sieben Reden auf der Sicherheitskonferenz ersetzen

Die Essays des schon sehr lange an der politischen Praxis interessierten Theoretikers Habermas sind "Denkstücke", wie solche Texte manchmal in nach Formatierungen strebenden Redaktionsstuben genannt werden. Sie sind eher Ausnahmen in der von Schnelligkeit getriebenen, manchmal entsetzlich unnachdenklichen Welt der modernen Eins-Null-Kommunikation und ihrer Medien. Allerdings ermöglicht gerade diese Welt, dass man interessante, bleibende Aufsätze von nahezu überall her verlinkt bekommt, sodass Denkestücke in *einer* Zeitung, *einem* Magazin zwar tendenziell seltener geworden sind, auch weil sich Etats der Redaktionen und Rezeptionsgewohnheiten des Publikums stark verändert haben. Dennoch hat man über die Große Wolke als interessierte Leserin oder Leser Zugang zu wesentlich mehr solchen Stücken, die irgendwo auf der Welt erschienen sind. Nur am Rande: Die Informationsmöglichkeiten sind heute so groß wie nie zuvor, die Wirkmächtigkeit von Informationskriegen allerdings auch.

"Denkstücke" sind keine Gebrauchsanweisungen für die Politik oder für irgend jemanden anders. Sie eignen sich nicht zur Umsetzung in Talkshows, weil das immer wieder unterbrochene Reden bei Lanz, Will oder Illner oft nur eine verlangsamte Form eines allseits besonders nörgeligen *Twitterthreads* ist. Ist ein Denkstück gut, kann es sieben sich ähnelnde Reden auf der Münchner Sicherheitskonferenz ersetzen, die an diesem Wochenende das Geschehen, nein: die medial verbreitete Aufmerksamkeit und sicher auch die Informationskriege im weiteren Sinne, dominieren wird.

Wann ein Denkstück als gut empfunden wird, hängt stark von der Position, um nicht zu sagen: von der Haltung des Lesers oder der Leserin ab. Wie schon zu Zeiten der großen Corona-Kontroverse hat man den Eindruck, dass im Streit um die "richtige" Ukraine-Politik unvoreingenommenes Lesen noch schwerer fällt als vorher. Eine "mittlere" Position wird weder von denen anerkannt, die, um ein wichtiges Identitätsmerkmal in diesem Streit zu nennen, schnellere, umfangreichere Waffenlieferungen wollen, noch von denen, die am liebsten Waffenlieferungen stoppen würden und auf einen Waffenstillstand jetzt dringen. Beide Seiten rechnen im Zweifelsfalle ein Denkstück, das sie als "schwammig" empfinden, der jeweils anderen Seite zu.

Eine promovierte Krakeelerin wirft dem Philosophen auf Twitter "Schnodder" vor

Beispiel Habermas: Jene, die den Aufsatz für eine weitere Wortkette in der Appeasement-Publizistik à la Wagenknecht halten, finden genug "Beweise" für ihre schon vor der Lektüre feststehende Meinung. Sie vermissen neben manchem anderen eine klare, wiederholte Verurteilung Russlands und Putins (auch wenn Habermas vom "kriminell geführten Angriff auf Existenz und Unabhängigkeit der Ukraine" schreibt). Weniger Rigorose werfen dem Philosophen mindestens vor, dass er wie ein Philosoph, also unpraktisch und realitätsfern, argumentiere. Der Politologe Herfried Münkler wünscht sich zum Beispiel im *Deutschlandfunk*-Interview, dass

Habermas "etwas mehr Politikwissenschaftler wäre". (Einwurf: Wenn man Münklers Buch "Marx, Wagner, Nietzsche. Welt im Umbruch" von 2021 gelesen hat, wünscht man sich, dass Münkler etwas mehr Philosoph wäre.) Ein Zeitungskommentator verlangt von Habermas, dass er bitte, wenn er schon begründe, warum er Verhandlungen wolle, nun auch Zeitpunkt und Gegenstände zu nennen habe. Da wo Habermas das Nachdenken über Dinge jenseits des Schlachtfelds einfordert, wollen andere eine schlüssige Ausarbeitung über Kriegsziele, russischen Imperialismus und Verhandlungskonkreta.

Natürlich gibt es in der deutschen Ukraine-Auseinandersetzung auch all das an Beleidigungen, Großmannssucht (auch Großfrausucht) und Dieterbohlenhaftem, das es seit geraumer Zeit vor allem im öffentlich-digitalen Raum gibt. (Habermas' Text sei "dämlich" und "Schnodder" twiterte etwa eine immerhin promovierte Krakeelerin.) Es scheint, als habe die Bereitschaft, Menschen mit anderer Meinung in dieser Debatte Verstand und letztlich Würde abzusprechen, zugenommen. Ein wichtiger Satz in dieser Entwicklung fängt oft so an: "Sie verstehen nicht..." respektive: "Verstehen Sie denn nicht...?". Beliebt ist auch der Vorwurf der Naivität, was ein nur wenig freundlicheres Wort für Dummheit ist.

Es ist eine leider weit verbreitete Eigenart, anzunehmen, dass der oder die andere nicht nur zu wenig wisse, sondern eigentlich auch zu dumm sei. In der eigenen Filterblase kommt dieses Verhalten meistens gut an. Da gilt es als "entschieden Haltung zeigen". Die Fortsetzung dieser "Haltung" besteht relativ häufig darin, dem jeweils anderen auch noch zu bescheinigen, dass er entweder das Geschäft Putins besorge oder, die andere Richtung, die Interessen der USA im neuen kalten bis lauwarmen Krieg verfolge.

Joachim Gauck macht es sich, bei Gott, zu einfach mit seinem Schwarz-Weiß-Bild

Man kann ja von seiner Meinung überzeugt sein. Aber man sollte dem andersmeinenden Gegenüber deswegen nicht erst mal grundsätzlich Dummheit und/oder Bosheit unterstellen.

Bei einer Veranstaltung in München hat Altbundespräsident Joachim Gauck gerade einen Satz gesagt, der interessant ist, weil er auf ein Grundproblem der - dieses Wort soll wegen schwerschter Verwundung im Begriffeabnutzungskrieg hier nur einmal angeführt werden - "Debattenkultur" hinweist. "In diesem Konflikt gibt es ein Schwarz und ein Weiß, ein Opfer und einen Täter", sagte Gauck, "und das ist so klar, dass sich eine Äquidistanz - ja wir wissen nicht genau, wem wir beistehen sollen - verbietet: moralisch und politisch und rechtlich." Gauck hat recht, das von Putin regierte Russland stellt die Täter, die Ukraine und ihre Bevölkerung sind die Opfer (auch wenn man sich überlegen könne, warum den Tätern die Farbe Schwarz zugedacht wird). Aller-

dings heißt das eben nicht, dass jemand, der sich hierzulande Sorgen über einen allmählichen Kriegseintritt des Westens oder Deutschlands macht, der eine nukleare Eskalation fürchtet oder der dafür plädiert, dass man offen über Kriegsziele debattiert, auch vielleicht unterschiedliche Ziele der Ukraine und des Westens, sich in "Äquidistanz" zu Kiew und Moskau begibt.

Nein, Gauck hat das nicht "so" gesagt. Aber leider ist der Gang der Auseinandersetzung in Deutschland oft so, als gebe es auch hier nur Licht und Dunkelheit, eben Gaucks Schwarz und Weiß.

So ist es aber nicht. So wenig alle, die für mehr und schnellere Waffenlieferungen plädieren, Belizisten sind, so wenig zeigen jene, die, wie übrigens auch der Bundeskanzler, sich für eine koordinierte, mit Schwellen versehene militärische Hilfeleistung für die Ukraine aussprechen, zu viel Verständnis für Putin. Und nicht einmal die, die daran glauben, dass man alle Waffenlieferungen stoppen sollte, sind der "Feind". Sie haben nur Unrecht, und man sollte ihnen entgegen treten.

Wenn das Wort "Feind" einen Sinn hat, dann ist Russland der Feind der Ukraine. Und es ist durch die verbrecherische Politik des Regimes Putin auch zum Feind des Westens geworden. Allerdings hat dieser Schwarz-Weiß-Prozess eben leider auch dazu geführt, dass die "An-Feindung" mehr als nur ein Stilmittel in der politischen Auseinandersetzung in Deutschland geworden ist. Die schnelle Bereitschaft, den Angehörigen der jeweiligen Gegenseite Dummheit, moralische Verlotterung, Heuchlertum, Kriegstreiberei oder Blödpazifismus vorzuwerfen, behindert eine rationale Diskussion immer mehr. Dies ist gerade angesichts der Tatsache, dass die deutsche Bevölkerung in manchen wichtigen Fragen der Ukraine-Politik eben überaus nicht einig ist, besonders problematisch, ja bedrohlich für die Demokratie, die vom Diskurs lebt. (Über Letzteres hat Jürgen Habermas sein Leben lang geforscht und geschrieben und ist so einer der berühmtesten Philosophen von weltweiter Bekanntheit geworden.)

Gerne wird unterstellt, hineingelesen und gedeutet: Wo stehst du "wirklich"?

Wer etwas älter ist und aus Westdeutschland stammt, mag sich an die Siebzigerjahre erinnern, an die Zeit der Verbrechen der RAF. In dieser "bleiernen Zeit" war das Klima der Anfeindungen zwischen, sehr simpel gesagt, Rechten und Linken manchmal so übel, dass nicht nur Alarmisten um das Grundgerüst der Republik fürchteten. Auch wenn es damals noch keine sogenannten sozialen Medien gab, gab es in Zeitungen, Flugblättern, Debatten den Streit über manchmal ähnliche Begriffe wie heute. Bekenntnisse, wo man "wirklich" steht, wurden verlangt oder bezweifelt. Die Beleidigungsbereitschaft war hoch, die Möglichkeit, diese Beleidigungen öffentlich

zu machen, war allerdings - mangels Twitter und anderer Plattformen - deutlich geringer als heute.

Zwar gab es auch später große politische Auseinandersetzungen in Deutschland, bei denen sich Emotion und Rationalität nicht immer die Waage hielten. In jüngerer Zeit aber nimmt die Frequenz der in Deutschland als Freund-Feind-Diskurse geführten innergesellschaftlichen Konflikte zu: zuerst die Migrationspolitik, dann Corona - und jetzt die Ukraine.

Der Konsensbereich in weiten Teilen der Bevölkerung ist eigentlich groß: Russland ist der Angreifer und Putin ist ein Verbrecher, die Ukraine benötigt sehr viel finanzielle und militärische Hilfe, Deutschland muss sich um ukrainische Flüchtlinge kümmern, die Ukraine darf den Krieg nicht verlieren, aber der Krieg darf auch nicht zum Nato-Russland-Krieg eskalieren. Ein innergesellschaftlicher Prozess gegenseitiger Anfeindungen, lautstarker Rechthaberei und wechselseitiger Beleidigungen gefährdet auch diesen Konsens - und damit die nötigen politischen Schritte. Nichts gegen Debatte, gegen Diskussionen und auch nichts gegen Streit. Aber das seit der Flüchtlingsdebatte im Jahre 2015 permanente Beleidigen, das Herabwürdigen, die Identifizierung des Meinungsgegners als Feind, auch die Übertragung des Schwarz-Weiß-Denkens vom Schützengraben in die Talkshow, all diese Rhetorik untergräbt die Kultur dieses Landes.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5753483

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/gor

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.